



München, 29.03.2021

Ausbildungs- und Praktikumsstellen in der Corona-Pandemie sichern!

Jugendpolitiker Arif Taşdelen schlägt bayerisches Sofortprogramm für junge Menschen vor

Der jugendpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Arif Taşdelen** fordert angesichts der massiven Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Schule und Ausbildung ein Sofortprogramm „Perspektiven für die Jugend sichern“ und hat einen entsprechenden **Antrag** in den Landtag eingebracht. „Junge Menschen sind mit am stärksten von den Folgen der Pandemie betroffen und blicken in eine ungewisse Zukunft. Zu dem Chaos von Wechsel- und Digitalunterricht kommen die Sorgen über das Bestehen des Schuljahres, wenn etwa das zugesagte Pflichtpraktikum wieder abgesagt wird“, erklärt Taşdelen.

Der SPD-Politiker nennt in seinem Antrag mehrere konkrete Maßnahmen, wie etwa die Einführung einer bayerischen Ausbildungsprämie für Unternehmen, die ihr Lehrstellenangebot aufrechterhalten. Außerdem solle die Staatsregierung sicherstellen, dass Schülerinnen und Schülern keine Nachteile durch Corona-bedingte Praktikumsabsagen entstehen. Kultus- und der Wissenschaftsminister sollten eine klare Ansage machen, dass (Pflicht-)Praktika verschoben und durch andere Leistungen ersetzt werden können (siehe auch **hier**). "Auf keinen Fall darf die Versetzung davon abhängen, ob unter Corona-Bedingungen ein Praktikum absolviert werden kann“, so Taşdelen.

Um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen, fordert Taşdelen die Staatsregierung dazu auf, in diesem Jahr die Lohnkosten für Praktikantinnen und Praktikanten zu übernehmen. Außerdem solle der Freistaat den absehbaren Rückgang an Ausbildungs- und Praktikumsstellen durch eine deutliche Erhöhung des Angebots im öffentlichen Dienst abfedern. Dazu Taşdelen: „Praktika bieten die Möglichkeit, in verschiedene Berufe reinzuschnuppern. Solche praktischen Erfahrungen sind unersetzbar. Schließlich entdecken viele Schülerinnen und Schüler ihren Berufswunsch nicht unbedingt zwischen Schulbuch und Tafel.“

Der Nürnberger Abgeordnete sieht die Staatsregierung in der Pflicht, bessere Perspektiven für junge Menschen zu schaffen: „Jugendliche verzichten wegen Corona auf vieles, was ihre Jugend sonst ausmacht. Wir dürfen nicht zulassen, dass ihnen für ihre Schul- und Berufslaufbahn weitere Nachteile entstehen. Es darf keinen Corona-Jahrgang geben!“